

Zu Cannabiskonsum und Psychosen



Die Bemerkung von Ständerat Herr This Jenny in einem Interview: «Cannabis wird zu Unrecht verteufelt» oder die Antwort des Berner Gemeinderats auf einen politischen Vorstoss: «Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für den kontrollierten Verkauf von Cannabis sollen geprüft werden», zeigen die unerhörte Ignoranz einiger Politikerinnen und Politiker zu Drogenfragen.

Jahrelang hat die Hanfkoordination in einem verzweigten Netz illegale Geschäfte in Milliardenhöhe getätigt und die Behörden und die Polizei mit sogenannten Duftsäcklein genarrt. Ihr Präsident, François Reusser, ein SP-Politiker, welcher nun Mitinitiant der «Hanfinitiative» ist, wurde wegen Drogenhandels und Geldwäscherei verurteilt. Natürlich haben nach der Rückweisung der Revision des Betäubungsmittelgesetzes die Mitglieder der Hanfkoordination und andere Profiteure aufgeheult. Doch die Ignoranz vor allem junger Parlamentarierinnen und Parlamentarier neuesten Forschungsergebnissen gegenüber ist unerhört.

Die neueste, klinische Studie und Publikation des Swiss Early Psychosis Project (SWEPP), welche bei 45'570 schwedischen Rekruten durchgeführt wurde, zeigte einen deutlichen Zusammenhang zwischen Cannabiskonsum und dem Risiko, an einer Psychose oder einer Schizophrenie zu erkranken. 18-jährige Testpersonen, welche mehr als 50 Mal Cannabis konsumiert hatten, zeigten ein 6-fach erhöhtes Krankheitsrisiko. Ähnliche Resultate konnten Drogenexperten aus Holland und Neuseeland liefern.

Die Forscher ziehen aus diesen neuesten Studien folgende Konsequenzen: «Aus gesundheitspolitischer Sicht ist es beunruhigend, dass nicht nur die Häufigkeit des Cannabiskonsums sowie die konsumierten Konzentrationen des THC steigen, sondern die Konsumenten auch immer jünger werden. Die toxische Wirkung des Cannabis auf das Gehirn führt zu ungünstigen kognitiven Einbussen. Aus dem gesundheitspolitischen wird aber auch ein wirtschaftspolitisches Problem, wenn nämlich die bereits früh an einer Psychose Erkrankten keine Arbeitsfähigkeit erlangen können und von Sozialleistungen abhängig werden, wobei immer auch die Bürde der betroffenen Familien berücksichtigt werden muss. Schizophrene Psychosen gehören zu den kostenträchtigsten Krankheiten überhaupt. Es ist daher die gemeinsame Aufgabe von Ärzten und Gesundheitspolitikern, auf die Gefahren, die Cannabis darstellt, hinzuweisen und für eine differenzierte Aufklärung der Öffentlichkeit – in Schulen und Medien – zu sorgen.»

Eltern lassen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsum und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen.

Auch der Forschungsbericht ESPAD der Schweizerischen Fachstelle für Alkohol und andere Drogenprobleme empfehlen wir den politischen Entscheidungsträgern dringend zum Studium: «Kognitive Defizite, geringer Bildungserfolg und vor allem eine verschlechterte psychosoziale Anpassung sind die Folgen eines frühen Einstiegs in den Cannabisgebrauch. Bis auf wenige Ausnahmen steigen die Problemwerte parallel zur Häufigkeit des Cannabiskonsums an. Staatliche Massnahmen und elterliche Kontrollen hängen eng zusammen. Eltern lassen sich in ihren Erziehungsgrundsätzen bezüglich Substanzkonsum und Regelverletzungen durch staatliche Regelungen beeinflussen.» Gerade deshalb verlangt die Schweizerische Vereinigung «Eltern gegen Drogen», dass Politikerinnen und Politiker endlich ihre grosse Verantwortung wahrnehmen und sich weder von der Drogenhanflobby einspannen, noch die Bevölkerung mit der Initiative mit dem irreführenden Titel «Für eine vernünftige Hanfpolitik mit wirksamem Jugendschutz» blenden lassen. Bei einer solch wichtigen Frage müssen Eigeninteressen (lukrative Geschäfte) zum Wohle eines echten Jugendschutzes zurückgestellt und wissenschaftliche Studien ernst genommen werden.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen»